



DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE

VERWALTUNGSBERICHT 2004



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: THOMAS BURGNER
STELLVERTRETER: WILHELM SCHNYDER**



EINLEITUNG

Gesundheitswesen

Spitalbereich

Das Jahr 2004 stand im Zeichen der Annahme des Spitalkonzeptes durch den Staatsrat und dessen Umsetzung. Ziel des Konzeptes war es, die Vernetzung der Walliser Spitäler mittels einer vereinheitlichten Institution, das Gesundheitsnetz Wallis (GNW), zu vernetzen und damit eine gute Koordination herzustellen. In der Folge wurden drei Spitalzentren (Ober-, Mittel- und Unterwallis) geschaffen und die Disziplinen auf die einzelnen Spitäler neu aufgeteilt, um den Fortbestand und die Qualität der Leistungen zu gewähren sowie die Kosten einzudämmen. Mit diesen bereits getätigten Massnahmen besteht die Möglichkeit, die Pflegequalität in den Spitälern zu erhalten und sogar zu verbessern. Die Aufteilung der einzelnen Disziplinen und damit eine gewisse Zentralisierung führen ebenfalls zu einer Verbesserung der Pflegequalität, da nur dadurch eine genügend grosse Masse von Fällen pro Spitalabteilung erreicht werden kann.

Ab Februar 2004 hat das Gesundheitsnetz Wallis (GNW) mit der Umsetzung des Spitalkonzeptes 2004 begonnen, indem es in Etappen die notwendigen Anpassungen vorgenommen hat: Schaffung der drei Spitalzentren (Oberwallis, Mittel- und Unterwallis) und Zuteilung der einzelnen Disziplinen.

Der Staatsrat konnte in Zusammenarbeit mit den verschiedenen involvierten Partnern die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung (01.01.2005) der APDRG (Leistungsgerechte Vergütung nach Patientengruppen), als eine neue Methode der Spitalfinanzierung, beenden.

Betreuung betagter Personen

Aufgrund der demographischen Entwicklung nimmt die Betreuung der betagten Personen einen immer grösser werdenden Stellenwert in der Gesundheitspolitik ein. Aufgrund der beschränkten Anzahl Betten für Betagte wurden mit der Realisierung mehrerer Bauprojekte (Ried-Brig und Naters) im Jahre 2004 begonnen, um die Zahl der Pflegebetten zu erhöhen. Weitere Projekte sind in Planung (Brig).

Gleichzeitig hat das Departement ein neues Konzept ausgearbeitet, das eine Schätzung bezüglich der zukünftig benötigten Betten ermöglicht.

Prävention

Im Herbst 2004 ist ein neuer Bericht erschienen, der die Ergebnisse über die Untersuchung des Gesundheitszustands der Walliser Bevölkerung publik machte. Dieser fiel positiv aus, weil schon seit längerem Massnahmen ergriffen wurden. Der Staatsrat wird nun diesen Bericht als Basis für neue Prioritäten bezüglich der Prävention zugrunde nehmen, damit der Gesundheitszustand weiter verbessert werden kann. Namentlich eine verbesserte Ernährung, mehr Bewegung, weniger Tabak- und Alkoholkonsum sowie die Eindämmung der Verkehrsunfälle und Selbstmorde können durch eine gute Aufklärung vermindert werden.

Sozialwesen

Am 28. November 2004 hat das Schweizer Volk die Verfassungsänderung über die neue Aufgabenteilung und den neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen angenommen.

Ab 2008 geht die Finanzierung der Behinderteneinrichtungen ganz zu Lasten des Kantons Wallis. Dies verlangt eine Anpassung des Steuerungsdispositivs und der Geschäftsführung in diesem Bereich. Noch im November hat der Walliser Grosse Rat das Gesuch um

einen Zusatzkredit in der Höhe von CHF 1'250'000.- genehmigt, um die Auswirkungen des ersten Entlastungsprogramms des Bundes für die Behinderteneinrichtungen auszugleichen. Da die Einrichtungen im Verlauf des Jahres 2004 schon beträchtliche Anstrengungen unternommen haben, wird dieser Kredit nur teilweise gebraucht.

Die im April 2004 in Kraft getretenen neuen Bestimmungen im Asylrecht schliessen AsylbewerberInnen, auf deren Asylgesuch nicht eingetreten wurde (NEE), von der Sozialhilfe zu Lasten des Bundes aus. Diese Bestimmungen und der wahrscheinliche Beitritt zum Schengen-Abkommen werden die sinkende Tendenz bei der Zahl der im Wallis aufgenommenen Asylbewerber noch verstärken. Deshalb muss das Betreuungsdispositiv umstrukturiert werden, was zu einem Abbau der Betreuungsstellen führt. Massnahmen zur koordinierten Unterstützung des Personals wurde getroffen.

Bei der Sozialhilfe bleiben die Kosten stabil. Dieses gute Ergebnis könnte sich in Zukunft ändern, weil die Zahl der Langzeitarbeitslosen insbesondere unter älteren und jungen Stellensuchenden regelmässig zunimmt. Das Inkrafttreten der 4. und dann der 5. IV-Revision könnte auch bestimmte Belastungen auf die Sozialhilfe verschieben. Um diese neuen Belastungen zu meistern, ist eine Verstärkung der Organisation der Sozialhilfe nötig.

Am 8. April 2004 hat der Grosse Rat das Gesetz über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme sowie der Systeme für die soziale und berufliche Eingliederung angenommen. Mit diesem wird die Tätigkeit im Sozialbereich besser koordiniert und die Verfahren zur Aufteilung der Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden vereinfacht. Gleichzeitig wird durch die Einführung einer fixen Aufteilung (39% Gemeinden, 61% Kanton) garantiert, dass Leistungen nicht in Abhängigkeit der Frage „wer zahlt wie viel, Gemeinde/Kanton“ erbracht werden.

Im Dezember 2004 hat der Staatsrat auch verschiedene Entscheide über die Reorganisation der Dienststelle für Sozialwesen, die Koordination der EDV-Entwicklungen der individuellen sozialen Leistungen und die Schaffung eines Steuerungsorgans getroffen, um die Kohärenz des Dispositivs der Walliser Institutionen zu verstärken.

Die vom Kanton Wallis beschlossenen Reorganisationsmassnahmen liegen auf derselben Linie wie die von mehreren Kantonen unternommenen Schritte. Sie stützen sich auf eine pragmatische Suche nach Lösungen, die auf einer breiten Absprache zwischen den betroffenen öffentlichen und privaten Partner beruht.

Energie

Bei der Elektrizitätsnachfrage kann festgestellt werden, dass nach jahrelangen Überkapazitäten in Europa nun ein Wechsel von der Angebots- auf die Nachfrageseite stattfindet. Der steigende Stromverbrauch der letzten Jahre hat die Bedeutung und den Wert der sicheren und sauberen Wasserkraft einmal mehr klar aufgezeigt. Diese Tatsache wirkt sich auch positiv auf die bei uns produzierenden Wasserkraftgesellschaften und die Zukunft der Wasserkraft aus.

Die Stellung der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft ist im Hinblick auf die vollständige Öffnung des EU-Strombinnenmarktes im Jahr 2007 zu sichern. In diesem Sinne hat der Bundesrat das Bundesgesetz über die Stromversorgung in die Vernehmlassung geschickt. Es soll die Rahmenbedingungen zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Stromversorgung und für einen geordneten Strommarkt im sich verändernden schweizerischen und europäischen Umfeld setzen.

Die WEG passte ihre Strategie an die veränderten Rahmenbedingungen an. In der Dezembersession verabschiedete der Grosse Rat das Gesetz über die Walliser Elektrizitätsgesellschaft.

Mit diesem Gesetz werden für die WEG die Voraussetzungen geschaffen, sich dem verändernden Strommarkt anzupassen und zur Verwertung der Walliser Wasserkraft beizutragen.

Im Wasserkraftbereich sind im Verlaufe des Jahres 2004 verschiedene Wasserrechtskonzessionen abgelaufen. Mittels provisorischen Massnahmen wurde der Weiterbetrieb der Anlagen gewährleistet. In Zusammenarbeit mit der ETH Lausanne sind Projekte in Zusammenhang mit hydrometeorologischen Vorhersagen (Projekt Minerve), sowie der Abklärung von Synergien zwischen Wasserkraftproduktion und dritter Rhonekorrektur in Arbeit. Mehrere Verfahren zur Trinkwasserturbinierung wurden eingeleitet. Die Anwendung der Richtlinien für Gewässersanierung und für Spülungen/Entleerungen wurde weiterverfolgt. Beim Projekt der 380 kV-Leitung Chamoson-Chippis wurden im Rahmen der Einigungsverhandlung die Mehrzahl der Einsprachen geregelt.

Im Bereich der rationellen Energienutzung und der erneuerbaren Energien läuft auf schweizerischer Ebene das Aktionsprogramm „EnergieSchweiz“ im vierten Jahr. Die Umsetzung der Minergie-Strategie ist eine kantonale Erfolgsstory. Weitere Förderprogramme laufen im Bereich der Sonnen- und Holzenergienutzung. Ein neues kantonales Energiegesetz wurde vom Grossen Rat verabschiedet. Mit dem Gesetz wurde die Förderung des Minergie-Standards in ordentliches Recht übergeführt und es erfolgte eine Anpassung des kantonalen Rechtes an das übergeordnete Bundesrecht.

**Der Vorsteher des Departements
für Gesundheit, Sozialwesen und Energie**

Thomas Burgener

ALLGEMEINE VERWALTUNG

Organisation und Personal

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Dienststelle für Gesundheitswesen	17.7
Institutionen für Psychiatrie	239.45
Walliser Zentrum für Pneumologie	117.67
Veterinärdienst	4
Dienststelle für Sozialwesen	12
Medizinischpädagogisches Zentrum La Castalie	176.10
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse	14
Dienststelle für Energie	3.30
Dienststelle für Wasserkraft	4.50
TOTAL	588.72

Motionen und Postulate

Motionen

- 2.242 Motion von Hrn. Grossrat André Quinodoz (PDCC) und Konsorten betreffend Harmonisierung der Arbeits- und Lohnbedingungen im Gesundheitssektor (03.06.2003).

Motion wurde in der Mai Session 2004 angenommen.

Die Harmonisierung der Arbeits- und Lohnbedingungen im Gesundheitssektor wird im Rahmen der Revision des Gesundheitsgesetzes geprüft.

- 2.240 Motion von Hrn. Grossrat Moreno Centelleghé und Konsorten betreffend Erweiterung der Kommission zum Schutze vor Störfällen (KStF) und Ergänzung durch externe Fachleute aus der Walliser Industrie (07.05.2003).

Motion wurde in der Mai Session 2004 angenommen.

Art. 4 Abs. 1 des Beschlusses betreffend der Anwendung der Bundesverordnung über den Schutz von Störfällen vom 2. Juli 1993 muss angepasst werden.

Postulate

- 2.235 Postulat der SPO-Fraktion und der sozialistischen Gruppe Unterwallis, durch Hrn. Grossrat (Suppl.) Joël Delacrétaz, betreffend Gesamtkonzept zur Lösung der Probleme im Zusammenhang mit der Prostitution: Für einen echten Schutz und eine wirksame Prävention (06.05.2003).

Postulat wurde in der März Session 2004 angenommen.

Der Staatsrat schlägt einen Runden Tisch mit sämtlichen Akteuren vor. Mit diesem Runden Tisch soll die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren gefördert und ihre Tätigkeit abgestimmt, eine Standortbestimmung vorgenommen, gemeinsam ein Schutz – und Präventionskonzept ausgearbeitet und das entsprechende Vorgehen bestimmt werden.

- 2.244 Postulat der zweiten parlamentarischen Kommission, die mit der Prüfung des Gesetzesentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Akten der gerichtlichen Polizei betraut ist, durch Hrn. Grossrat Thomas Lehner (CVPO), betreffend

Probleme im Bereich der öffentlichen Gesundheit und andere Fragen Zusammenhang mit der Prostitution (02.09.2003).

Postulat wurde in der Juni Session 2004 angenommen.

Das Gesetz tritt im Februar 2004 in Kraft. Der Staatsrat wird in Zusammenarbeit mit sämtlichen Partnern einen kurzen Bericht über den Stand der Dinge und einen kurz-, mittel- und langfristigen Aktionsplan im Bereich des Gesundheitsschutzes und der Prävention erarbeiten, der auch Gesetzesänderungen umfasst.

- 2.249 Postulat von Hrn. Grossrat (Suppl.) Pascal Rey (PDCC) und Konsorten betreffend Erkennung der Fettleibigkeit bei Schülerinnen und Schülern der obligatorischen Schule (28.06.2004).

Postulat wurde in der September Session 2004 angenommen.

Der Staatsrat unterstützt die Bemühungen zur Bekämpfung der Fettleibigkeit und untersucht die Möglichkeiten im schulischen Rahmen (Reglement über den Verkauf von Getränken und Snacks an Schulen, Einführung des Gesundheitserziehungsprogramms, in welchem die Ernährung einen wichtigen Bestandteil bildet.)

- 2.255 Postulat durch Herrn Grossrat (Suppl.) Georges Darbellay und Konsorten, betreffend Gas als Treibstoff (04.05.2004).

Postulat wurde in der November Session 2004 angenommen.

Es kann festgestellt werden, dass sich die Rahmenbedingungen zur Förderung der biogenen Treibstoffe, sowie des Erdgases als Treibstoff verbessern.

- 2.245 Postulat der SPO-Fraktion, durch Frau Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher und Herrn Grossrat (Suppl.) Thomas Studer, betreffend Weisswasser - gefährliche Flutwellen beim Entsanden (03.09.2003).

Postulat wurde in der Juni Session 2004 angenommen.

Verschiedene Maßnahmen sind vorgesehen um die Gefahren zu mindern.

DIENSTSTELLE FÜR GESUNDHEITSWESEN

Gemäss dem Staatsratsentscheid vom 04. Dezember 2002 und den Anweisungen der Staatskanzlei vom 07. Dezember 2004 dient der Controllingbericht mit den veröffentlichten Zahlen als Verwaltungsbericht.

PSYCHIATRISCHE INSTITUTIONEN DES UNTERWALLIS SPITAL MALÉVOZ

Allgemeines

Dem Dekret vom 04. September 2003 entsprechend werden die IPVR ab 01. Januar 2004 vom GNW geleitet. Demzufolge werden die statistischen Angaben dieses Verwaltungsberichts in den Generalbericht des GNW integriert.

Bettenbelegung

*** Ab 2004 entsprechen die Krankentage der tatsächlichen Belegung (vorher wurde nur die abgerechnete Belegung aufgetragen).

	2001	2002	2003	2004***
Freie Betten	122	122	120	120
Bettenbelegung in Prozent	97 %	91 %	97 %	89 %
Aufgenommene Kranke	891	976	1108	1015
Krankentage Klinik				
Aufenthaltsdauer < 24 Std.	43313	40494	42511	39026
Tagesklinik	76	78	94	74
Krankentage in Tagesklinik	4448	7010	8597	8383
Total aufgenommene Kranke	967	1054	1202	1119
Total Krankentage	47761	47504	51108	47409
<i>Ambulant</i>	165	272	318	439

Finanzierung

	2001	%	2002	%	2003	%	2004	%
Kosten eines Tages	452.-	100	550.-	100	583.-	100	587.-	100
Kostenentschädigung durch Patienten und Krankenkasse	226.-	50	275.-	50	274.-	47	276.-	47
Deckung durch den Kanton	226.-	50	275.-	50	309.-	53	311.-	53

Ambulatorium

				Total
Alte Fälle	1171			
Neue Fälle	1133			2304
	Ärzte	Psychologen	Pfleger	
Telefonische Konsultationen	927	58	88	1073
Total Konsultationen	10144	2041	6344	18529

OBERWALLISER PSYCHIATRIEZENTRUM (PZO)

Allgemeines

Am 01.01.2004 wurde das Psychiatrie-Zentrum Oberwallis (PZO) integrierter Bestandteil des Spitalzentrums Oberwallis Brig/Visp. Die räumlichen Strukturen und die stationären, teilstationären und ambulanten Leistungsangebote des PZO befinden sich unverändert am Standort Brig. Ab dem 01.07.2004 hat das PZO ebenfalls die psychiatrische Konsiliarversorgung des Standortes Visp übernommen, nachdem Dr. Heinrich Erpen seine langjährige Tätigkeit als Konsiliar- und Liaisonpsychiater im Spital Visp auf den 30.06.2004 beendet hat. Für das Jahr 2005 ist für das gesamte Spitalzentrum der Aufbau einer Liaison-Psychiatrie vorgesehen. Erste Vorbereitungen und Planungen dafür erfolgten bereits.

Personelles

Weiterhin grosse Schwierigkeiten bereitet die Rekrutierung von Schweizer AssistenzärztInnen für eine Tätigkeit im PZO, so dass wir das gesamte Jahr über im stationären Bereich fast ausschliesslich mit ausländischen Ärzten die Versorgung der Oberwalliser Bevölkerung sichern müssen.

Mit Frau Dr. Petra Kästner konnten wir ab dem 01.09.2004 eine klinisch sehr erfahrene Ärztin als Oberärztin für den Allgemeinpsychiatrischen stationären Bereich gewinnen.

Mit dem Ausbau der Alterspsychiatrischen Station auf 18 Betten ab 01.12.2004 konnten wir auch ärztliche Mitarbeiter einstellen, die sich besonders für diese Patientengruppe mit wachsender Bedeutung interessieren. Der leitende Arzt Dr. Gerhard Hausmann wird durch Dr. Imri Jashari unterstützt.

Räumliche Veränderungen

Im Jahre 2004 konnte in den Monaten August bis Oktober der Umbau der Station D-Süd erfolgreich abgeschlossen werden, was zu einer qualitativ deutlich verbesserten Infrastruktur dieser Station führt. Obgleich in diesen Monaten diese 15-Betten-Station nicht zur Verfügung stand, konnte im Rahmen der gesamten Spitalplanung eine Lösung gefunden werden, die eine kontinuierliche Weiterbetreuung der Patienten ermöglichte. Hervorzuheben ist dabei die ausgezeichnete und praktisch reibungslose Zusammenarbeit aller Beteiligten, sodass alle Fristen und die geplanten Kosten eingehalten werden konnten.

Mit der Verlegung der Pädiatrischen Abteilung zum Standort Visp konnte nach jahrelangem Ausharren in Provisorien die Alterspsychiatrische Station ihren definitiven Standort auf der Ebene F-Süd beziehen. Trotz stark eingeschränkter finanzieller Mittel konnte auf den 01.12.2004 die neue Alterspsychiatrische Station des PZO mit einer Erhöhung der Bettenzahl von 14 auf 18 Betten ihren Betrieb aufnehmen. Die damit frei werdenden Räumlichkeiten im «Alten» Spital können wir 2005 dafür nutzen, um den Aufbau der Alterspsychiatrischen Tagesklinik weiter voranzutreiben und dem Ambulatorium des PZO die früheren Büros zu überlassen.

Leistungsangebot und Leistungsanspruchnahme

Die Veränderungen in der Spitalstruktur im Oberwallis haben sich nicht wesentlich auf die Entwicklung der Patientenzahlen am PZO ausgewirkt. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass mit der Beendigung der Tätigkeit von Dr. Heinrich Erpen am Standort Visp keine geplanten stationären Behandlungen von psychiatrischen Patienten am Standort Visp mehr durchgeführt werden. Nur ein sehr kleiner Teil dieser Patientengruppe hat bislang die stationären Behandlungsangebote des PZO nutzen wollen.

Einem gesamtschweizerischen Trend folgend haben sich die Fallzahlen im Bereich der stationären Allgemeinpsychiatrie weiter erhöht bei weiter sinkender Aufenthaltsdauer. Hierbei fällt insbesondere der wachsende Anteil von jungen Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen auf und Patienten mit so genannten Doppel- und Mehrfachdiagnosen. Die Behandlung dieser Patientengruppe ist besonders aufwendig und erfordert konzeptuelle Neuanpassungen für die kommenden Jahre.

Erschwerend wirkt sich zusätzlich aus, dass die bestehenden Rehabilitationseinrichtungen im Oberwallis zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen stossen und Wartelisten entstehen (Atelier Manus) oder dass sehr bewährte Konzepte, wie das «Ambulant begleitete Wohnen» der Vereinigung EMERA, aus finanziellen Gründen eingestellt werden müssen. Aus der Sicht des PZO bedeutet dies eine falsche Weichenstellung, weil es den Druck auf die stationären Strukturen erhöhen wird (Stichwort „Drehtür-Psychiatrie“) und die Lebensqualität von schwer psychisch kranken Menschen wieder verschlechtert. Dies geht einher mit einer immer höheren Rate von Arbeitslosigkeit unserer Patienten und einer zunehmenden Weigerung der Wirtschaft, Menschen mit einem psychischen Handicap zu beschäftigen, was sich auch 2004 weiter fortsetzte.

Im Bereich der Allgemeinpsychiatrischen Versorgung können wir im Ambulatorium auf eine Gruppe von erfahrenen ärztlichen und psychologischen Therapeutinnen und Therapeuten vertrauen, die eine qualitativ und quantitativ hoch stehende Arbeit leisten. Die 2003 begonnene Angehörigen-Gruppe hat sich 2004 weiter konsolidiert und ist fester Bestandteil des Angebotes geworden.

Weiterhin in hohem Masse in Anspruch genommen wird die Allgemeinpsychiatrische Tagesklinik, zunehmend auch als eine Möglichkeit, stationäre Einweisungen zu vermeiden. Auch die im Rahmen der Tagesklinik erfolgende ambulante psychiatrische Pflege ausgewählter Patienten hat sich sehr bewährt.

Der strukturelle Auf- und Ausbau des Bereiches Alterspsychiatrie im Jahre 2004 und weiter 2005 wird die Versorgung der alten Menschen im Oberwallis weiter verbessern. Die Zusammenarbeit mit den Alters- und Pflegeheimen, insbesondere mit dem Martinsheim in Visp und St. Josefsheim in Susten erfolgten in bewährter Weise.

Auswahl aus der stationären Leistungsstatistik:

Bereich	2002	2003	2004
Anzahl Fälle Allg. Psychiat. Station	282	323	347
Anzahl Fälle Alterspsychiat. Station	89	109	94
Mittlere Verweildauer Allg. Psychiat. Station	29.3	27.8	23.5
Mittlere Verweildauer Alterspsychiat. Station	39.2	41.4	37.0
Anzahl Pflagestage Allg. Psychiat. Station	8'271	8'979	8'069
Anzahl Pflagestage PGD-Station	3'685	4'276	3'487
Anzahl Pflagestage gesamt	12'086	13'255	11'556

WALLISER ZENTRUM FÜR PNEUMOLOGIE

Lungenkrankheiten und Thoraxchirurgie

Die folgenden medizinischen, spezialisierten Leistungen wurden auf dem Gebiet der Pneumologie und der Thoraxchirurgie erbracht:

- Thoraxchirurgie	35
- Thorakospiren	22
- Pleuralpunktionen	72
- Bronchoskopien	186
- Polysmnographien	378
- Nächtliche Polysmnographien	506
- Spirometrien	1'867
- Volumenuntersuchungen	140
- Respiratorische oder kardiologische Ergometrien	474
- Plethysmographien	996
- MSLT	51
- Polygraphien	25

Alle Mitarbeiter, wie Ärzte, Krankenschwestern und andere Berufstätige bemühten sich mit vereinten Kräften ihr Bestes als Arbeitsteam zu geben. Nach der durchgeführten Qualitätsnorm, die es uns erlaubte, die ISO Zertifizierung zu erhalten, versucht die Walliser Klinik für Lungenkrankheiten Synergien, sowohl innerhalb wie ausserhalb der Krankenanstalt durch interdisziplinäre Arbeit,

maximal weiter zu entwickeln. Sie versucht in jeder Pflegeeinheit die therapeutische Ausbildung zu fördern, um somit die Behandlungen besser zu koordinieren und den Patienten zu helfen grösste Autonomie im Bereich ihrer Krankheit zu erwerben. Dies ist eine wichtige Schlüsselfunktion, welche die Tür zu einer wirksameren und sparsameren Medizin öffnen kann. Dieses Konzept ist keineswegs Theorie: es wird von der WHO hoch gelobt und stellt sicherlich für die Berufstätigen des Gesundheitswesens einen leistungsfähigen Antriebsmotor dar. Ausserdem begünstigt es das Verantwortungsbewusstsein des Patienten, das so ein aktiver Bestandteil des Gesundheitsnetzes wird und sich so vom Spital bis nach Hause ausdehnen kann. In der Tat muss das Spital an seiner nahen wie weiteren Umgebung interessiert sein, um die Akteure des Spitalwesens anzuspornen, dass sie ihre Vision auf ambulante Pflege durch den Hausarzt und durch Heimbetreuung des Pflegepersonals der medizinischen Sozialzentren übertragen wollen.

Auf diesem Gebiet wurde uns durch eine Konvention mit der Genfer Universitätsspitalern sehr geholfen. Diese hat die Lieferung medizinischer Leistungen, wie auch den Transfer von medizinischer Spezialtechnologie in unseren Kanton erleichtert. Die Thoraxchirurgie unter Leitung von Herrn Prof. A. Spiliopoulos, funktioniert wie ein einziger Service mit zwei Standplätzen. Dies hat zahlreichen Walliser Patienten erlaubt, sich im Wallis behandeln zu lassen und dadurch eine kostspielige Hospitalisation ausserhalb des Kantons vermieden. Ausserdem verfolgen Universitäts- und Walliser Pflegepersonal, der Konvention getreu, ihr wissenschaftliches Qualitätsziel auf dem Gebiet der operativen und anästhetischen Eingriffe, wie es eine neuerliche Publikation bewiesen hat.

Es ist dringend erforderlich, dass für eine gute logische Kohäsion des Pflegedienstes, die Walliser Klinik für Lungenkrankheiten aktiv mit der Walliser Liga gegen Lungenkrankheiten und für die Prävention zusammenarbeitet, denn diese besitzt eine hundertjährige Erfahrung in der Hausbetreuung der Patienten. Auch hier kann man kostspielige Spitalaufenthalte vermeiden und die Lebensqualität dieser Kranken verbessern, indem diese trotz ihrer chronischen respiratorischen Krankheit zu Hause bleiben können. Das Jahr 2004 war das Jahr der Integration für die kantonalen Krankenanstalten in das Walliser Gesundheitsnetz. Wir fühlen uns verpflichtet an dieser notwendigen und nützlichen Weiterentwicklung mitzuwirken, um so die medizinischen Synergien in unserem Kanton zu verbessern.

Rehabilitationskrankenanstalt

Als solche wurde im Jahr 2004 unsere Anstalt von der Schweizer kardiologischen Gesellschaft besucht. Die Walliser Klinik für Lungenkrankheiten hat diese Prüfung dank der ausgezeichneten Zusammenarbeit mit den Walliser Kardiologen brillant bestanden. Übrigens besteht auf dem Gebiet der Rehabilitation eine ausgezeichnete Synergie mit den Kliniken auf dem Hochplateau, sowie auch mit der Klinik der SUVA.

Unsere Physiotherapeuten profitieren von einer Hochschulweiterbildung für respiratorische Rehabilitation, was übrigens eine Premiere auf diesem Gebiet darstellt. Dieses Zertifikat wurde von den beiden medizinischen Fakultäten der französischen Schweiz in enger Zusammenarbeit mit der Walliser Klinik für Lungenkrankheit ins Leben gerufen.

Andere Tätigkeiten

Im Umfeld der Eingliederung der Walliser Klinik in das Walliser Gesundheitsnetz hat unser Spital zahlreiche wichtige Veränderungen vorgenommen, wie die Integration der Tarmedsoftware und die Teilnahme an verschiedenen administrativen Softwareprogrammen des Walliser Gesundheitsnetzes. Dies bedeutet eine zusätzliche administrative Arbeit, die von unserem Personal meisterhaft erledigt wird.

Die Walliser Klinik für Lungenkrankheiten erhielt am 09.09.2004, von der WHO die Qualitätsnorm der Spitäler für Gesundheitsförderung. Dies ist eine Anerkennung für die von unserem Spital erreichten Ziele, welche Patienten und auch das öffentliche Gesundheitswesen mit einschliessen.

Belegungsstatistik 2004

- Verfügbare Betten	75
- Patientenzahl	1'539
- Pfl egetage	26'252
- Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	17.06

MEDIZINISCH- PÄDAGOGISCHES ZENTRUM «LA CASTALIE»

2004 war für «La Castalie» ein Wendepunkt mit der Anpassung seines Organisationsplans auf den 01. Januar, der Eröffnung einer neuen Gruppe am 01. September, der Einweihung der neuen Werkstätten am 12. November und der Verlegung der Einheit des Torrent in unsere Anlage. Die zur Verfügung gestellten, neuen Werkstätten haben ausserdem die interne Neuorganisation der Strukturen erlaubt und bieten zugleich 10 zusätzliche Plätze im Heimbereich und in den Werkstätten an.

Dank diesen neuen Möglichkeiten hat die Zahl der betreuten Personen während des Jahres die Rekordzahl von 208 erreicht, 90 Kinder (43%) und 118 Erwachsene (57). Am 31. Dezember wurden daher 191 Personen gezählt, 10 davon zwecks regelmässigen Wochenend- oder Ferienaufenthalten.

Das Internat stellt auf Betreuungsebene 69% und das Externat 31% dar. Während des ganzen Jahres erhielten 55 Kinder eine spezielle Schulausbildung in unseren Klassen, 18 Jugendliche eine Ausbildung zur Arbeit in unserer Struktur für die 18-23 Jährigen (Klasse und Werkstatt) und 69 Erwachsene eine regelmässige Beschäftigung in einer Werkstatt. Was die restlichen 43 Personen betrifft, deren Behinderung jegliche schulische Ausbildung oder Werkstattarbeit ausschliesst, wird eine globalere Betreuung, die sich mit Pflege, basaler Stimulation und Sozialisierung befasst, umgesetzt. Ausserdem haben 15 Personen eine oder mehrere Wochenend- oder Ferienaufenthalte gemacht.

Auf therapeutischer Ebene haben 79 Personen Physiotherapie, 73 Ergotherapie, 30 psychotherapeutische Unterstützung, 42 Psychomotorik, 33 Logopädie und 58 Musiktherapie erhalten.

DIENSTSTELLE FÜR SOZIALWESEN

Sozialhilfe

Am 8. April 2004 hat der Grosse Rat das Gesetz über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme sowie der Systeme für die soziale und berufliche Eingliederung angenommen; laut diesem Gesetz werden die Ausgaben für die Finanzierung der AHV, IV und der Ergänzungsleistungen zu AHV/IV, der Sozialhilfe, der Unterhaltsbeiträge und des kantonalen Beschäftigungsfonds im Verhältnis 61% zu 39% zwischen dem Kanton und den Gemeinden aufgeteilt.

Nebst der Vereinfachung der Aufteilung der Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden werden mit diesem Gesetz die Grundlagen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Institutionen gelegt. Mit ihm können die von den verschiedenen Walliser Sozialsystemen geplanten Massnahmen besser koordiniert werden. Eine weitere erfreuliche Feststellung: Die Ausgaben des Wallis für die Sozialhilfe sind seit 1999 sehr stabil geblieben. Die 7-prozentige Erhöhung in den letzten 5 Jahren betrifft hauptsächlich die Kosten für Walliser ausserhalb des Kantons und die Ausgaben für Streitfälle bei der Krankenversicherung. Dieses gute Ergebnis steht im Gegensatz zu den im gleichen Zeitraum von zahlreichen anderen Kantonen vermeldeten Erhöhungen zwischen 30% und 50%. Es darf aber nicht zu einem Nachlassen bei den bereits unternommenen Anstrengungen verleiten. Die Erhöhung der Zahl der Langzeitarbeitslosen, insbesondere bei den Jungen, die

Ambulant kam zwei Kindern aus der Umgebung eine Physiotherapie zugute und acht wurden im Rahmen des therapeutischen Kindergartens betreut, welcher auch für die Kinder des Quartiers offen ist, um den Integrationsprozess zu begünstigen.

Was die Investitionen betrifft, wurde das Jahr durch die Erbauung der neuen Werkstätten gekennzeichnet. Baubeginn war am 07. Juli 2003 und das Gebäude wurde wie vorgesehen, zur Nutzung für die Wiederaufnahme im August, fertig gestellt. Verschiedene Arbeiten zur Instandhaltung der Räumlichkeiten wurden ebenfalls während den Sommer- und Herbstferien verwirklicht, um die neue Gruppe und die Einheit des Torrent unterzubringen.

«La Castalie» - Alter der betreuten Personen

am 31.12.2004	M	F	Total
00 - 05 Jahre	7	3	10
06 - 11 Jahre	15	5	20
12 - 17 Jahre	30	22	52
18 - 23 Jahre	19	10	29
24 - 29 Jahre	4	10	14
30 - 35 Jahre	12	6	18
36 - 41 Jahre	14	11	25
42 - 47 Jahre	4	6	10
48 - 53 Jahre	3	2	5
54 - 59 Jahre	2	3	5
60 - 65 Jahre	1	2	3
Total	111	80	191

Anpassungen der Arbeitslosenversicherung und die Revisionen der Invalidenversicherung könnten schnell zu einer bedeutenden Zunahme der Sozialhilfekosten führen.

Die Vernetzung der Leistungen und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Institutionen sind mehr denn je nötig.

Asylwesen

498 Asylbewerber wurden 2004 dem Wallis zugeteilt, das bedeutet einen Rückgang in der Grössenordnung von 40% gegenüber 2003. Ende Dezember 2004 wurden 2'090 Asylbewerber auf dem Walliser Kantonsgebiet gezählt, 48% im Mittelwallis, 18% im Oberwallis, 34% im Unterwallis.

Im Rahmen des Entlastungsprogramms des Bundes sind im April 2004 neue Bestimmungen im Asylrecht in Kraft getreten. Mit diesen Gesetzesbestimmungen werden insbesondere Asylbewerber, auf deren Asylgesuch nicht eingetreten wurde (NEE), vom Asylgesetz ausgeschlossen. Diese NEE-Personen werden illegal anwesenden Ausländern gleichgestellt und vom gegenwärtigen System der Sozialhilfe beim Asyl, die zu Lasten des Bundes geht, ausgeschlossen. Die Kantone bleiben für die Durchführung der Rückführungen dieser Personen verantwortlich. Sie müssen aber die Nothilfe im Sinn von Artikel 12 der Bundesverfassung übernehmen.

In der Sitzung vom 19. Mai 2004 hat der Staatsrat einen Beschluss über die Betreuung der Asylbewerber, auf deren Asylgesuch rechtskräftig nicht eingetreten wurde, gefasst. Er hat auch das strukturelle, organisatorische und funktionale Dispositiv für die Gewährung einer Nothilfe an die Personen, für die diese Massnahmen gelten, erlassen.

Die erwähnten Bundesbestimmungen, die neuen Ausrichtungen des Bundesrates und der wahrscheinliche Beitritt zum Schengen-Abkommen werden in Zukunft die sinkende Tendenz bei der Zahl der Personen, die dem Asylbereich unterstellt sind, verstärken. Die Auswirkungen werden darin bestehen, dass die vom Bund ausgerichteten Pauschalen nicht mehr ausreichen, um die Kosten des Asylbereichs zu decken und Massnahmen ergriffen werden müssen, um die finanziellen Verpflichtungen des Kantons in Grenzen zu halten. Es wird ausserdem absolut nötig, dass Massnahmen zur organisatorischen und strukturellen Neugestaltung ergriffen werden, dazu muss eine Verlagerung der Kompetenzen und eine gründliche Prüfung der Ressourcen durchgeführt werden, damit der unausweichliche Abbau von Betreuungsstellen vorgenommen werden kann, wenn man die absolut nötigen Leistungen zu geringeren Kosten aufrechterhalten will. Dem von diesen Restrukturierungsmassnahmen betroffenen Personal wird eine koordinierte Unterstützung zugesichert.

Koordinationsstelle für Betagte und Behinderte

Tätigkeitsgebiet

- Förderung der sozialen und beruflichen Integration
- Bereitstellung von Beherbergungs- und Beschäftigungsstrukturen für behinderte Personen, die ein geschütztes Milieu benötigen
- Koordination der Aktivitäten der privaten und öffentlichen Institutionen
- Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherung (BSV).

Halbgeschützte Beschäftigung

Die halbgeschützte Beschäftigung innerhalb der Kantonsverwaltung ermöglicht es behinderten Personen, sich auf eine berufliche Eingliederung oder Wiedereingliederung vorzubereiten.

	01.01.2004	Eintritte	Austritte	31.12.2004
Anzahl Beschäftigte	27	15	13	29

Förderung der sozialen und kulturellen Integration behinderter Menschen

Das Inkrafttreten der 4. IV-Revision auf den 01. Januar 2004 bewirkte durch die Verdoppelung der Hilflosenentschädigung für behinderte Personen, die zuhause leben, eine Verbesserung bei der Finanzierung der Pflege- und Betreuungskosten dieser Personen. Obwohl die Zahl der Personen, die eine Hilfe benötigen, zunimmt, nahm wegen der Verdoppelung der Hilflosenentschädigung die Zahl jener Personen, die eine finanzielle Hilfe des Kantons beanspruchen, ab.

Jahr	Anzahl Personen	Ausgaben pro Jahr
2002	156	1'080'000
2003	180	1'137'000
2004	148	577'000

Institutionen

Der Kanton gewährt den Institutionen, mit denen er einen Vertrag abgeschlossen hat, Betriebs- und Baubeiträge.

Im Jahr 2004 haben die Sparmassnahmen des Bundes auf dem Gebiet der Institutionen für behinderte Personen die ersten Auswirkungen gezeigt, indem die Betriebsbeiträge stark zurückgegangen sind. Um die Ausfälle bei der Finanzierung der Institutionen zu kompensieren, stimmte der Grosse Rat einem Nachtragskredit von Fr. 2'250'000 zu.

Der Ausbau der Institutionen erfolgt im Rahmen der vom Staatsrat und vom Bundesamt für Sozialversicherung genehmigten Bedarfsplanung. Für die Periode 2004-2006 sieht die Situation folgendermassen aus:

	Realisierte Plätze am 31.12.2004	Vorgesehene Plätze am 31.12.2005	Vorgesehene Plätze am 31.12.2006
Heime	721	726	744
Werkstätten	1'051	1'058	1'058

Ausserkantonale Platzierungen

	Anzahl behinderte Personen
am 31.12.2001	38
am 31.12.2002	49
am 31.12.2003	56
am 31.12.2004	58

Amt für Inkasso und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen

Die Anzahl Dossier, welche unser Amt zu bearbeiten hat, steigt weiterhin an.

Die Beträge, die im Jahre 2004 bevorschusst wurden, sind gegenüber 2003 stark gestiegen.

Die Zahlungsmoral der Alimentenschuldner hat sich wegen der ungünstigen Wirtschaftslage verschlechtert.

Was das Inkasso von Unterhaltsbeiträgen betrifft, hat das Amt dank seiner Bemühungen den Betrag von Fr. 5'122'291,55 einkassiert.

	2003	2004
<i>Anzahl der Dossiers</i>		
Offen	2'407	2'511
<i>Inkasso</i>		
Eingetriebene Beträge	5'246'899.89	5'122'291.55
<i>Vorschüsse</i>		
Vorgeschossene Beträge	1'879'663.60	2'310'766.30
Eingezogene Beträge	885'877.62	1'099'622.50
<i>Sozialhilfe</i>		
Ausbezahlte Beträge	39'121.20	31'921.20
Eingezogene Beträge	15'000.85	6'769.15
<i>Unkosten</i>		
Vorgeschossene Beträge	110'368.80	112'258.40
Eingezogene Beträge	44'371.05	54'591.60

KANTONALE AUSGLEICHSKASSE

Die Kantonale AHV-Ausgleichskasse wurde in Anwendung des Artikels 61 des AHVG und des Artikels 1 des kantonalen Ausführungsgesetzes (AGAHVG) als selbständige öffentliche Anstalt errichtet. Die Kantonale Ausgleichskasse ist mit der Durchführung mehrerer Bundesgesetze, die Sozialversicherungen betreffend, betraut. In Anwendung der Artikel 63, Absatz 3 AHVG und 131, Absatz 2 AHVG haben die Bundesbehörden den Kanton ermächtigt, der Kantonalen Ausgleichskasse verschiedene kantonale Aufgaben zu übertragen. Für die Durchführung der kantonalen Aufgaben gewährt der Staat der Kantonalen Ausgleichskasse Entschädigungen für die Verwaltungskosten.

Infolge Errichtung einer zwischenberuflichen AHV-Ausgleichskasse in unserem Kanton im Jahre 2004, haben mehrere grosse Unternehmen die Ausgleichskasse des Kantons Wallis mit Wirkung am 01. Januar 2005 verlassen. Dies hat zur Folge, dass die Beiträge auf Verwaltungskosten für gewisse Arbeitgeber, insbesondere für den Staat Wallis, erhöht werden müssen.

Tätigkeitsbericht

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) sowie Invalidenversicherung (IV)

Die Inkraftsetzung der 4. IV-Revision auf den 1. Januar 2004 hatte wichtige Änderungen in nachstehenden Bereichen zur Folge: Taggelder (neues System), Renten (Einführung der Dreiviertelrenten), Hilflosenentschädigungen (für die zu Hause lebenden Personen verdoppelt). Die Einführung dieser Neuheiten aufgrund der Beschlüsse der kantonalen IV-Stelle, erforderte eine bedeutende zusätzliche Verwaltungsarbeit für die Mitarbeiter/Innen.

Erwerbsausfallentschädigung für Dienstleistende in der Armee und im Zivildienst (EO)

Die Kantonale Ausgleichskasse entrichtet Erwerbsausfallentschädigungen an Dienstleistende in der Armee und im Zivildienst sowie an Jugend und Sport-Kursteilnehmer.

Obligatorische Arbeitslosenversicherung (ALV)

Die Ausgleichskasse beschränkt sich auf die Erhebung der ALV-Beiträge bei ihren Versicherten. Die Erhebung erfolgt gleichzeitig mit den anderen Sozialversicherungen, die sie verwaltet.

Berufliche Vorsorge (BVG) - Unfallversicherung (UVG)

Die Ausgleichskasse wirkt gemäss BVG und UVG bei der Kontrolle über die Einhaltung der Versicherungspflicht durch die Arbeitgeber mit.

Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV (EL)

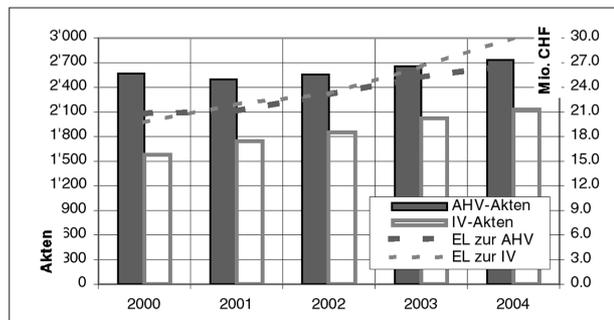
Rubriken	Anzahl Fälle		Veränderungen	
	31.12.2003	31.12.2004	absolut	%
AHV-Fälle	2'654	2'730	76	2.9
IV-Fälle	2'020	2'125	105	5.2
Total	4'674	4'855	181	3.9

Wir haben aktiv bei der Einführung eines kantonalen Organs zusammengearbeitet. Diese Stelle ist beauftragt, die Anmeldungen der zu Hause lebenden IV-Versicherten mit Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung und die auf Pflege- und Hilfspersonal angewiesen sind, zu überprüfen.

Entwicklung der Dossiers und der ausbezahlten Leistungen

Die Zunahme der Anzahl AHV- und IV-Rentner, sowie die Erhöhung der Tagespauschalen der Institutionen hatten eine starke Erhöhung der ausbezahlten Leistungen zur Folge. Trotzdem bleiben die proportional ausbezahlten Leistungen und die Anzahl EL-Bezüger im Kanton Wallis noch deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt.

Entwicklung der Dossiers und der ausbezahlten Leistungen



Zusätzliche kantonale Zulagen (ZKZ)

Die zusätzlichen kantonalen Zulagen bringen den Versicherten einen finanziellen Zuschuss, meistens dann, wenn die Ergänzungsleistungen und die weiteren Einkommen die Bedürfnisse nicht vollständig decken.

Rubriken	Anzahl Fälle		Leistungen	
	31.12.2003	31.12.2004	2003	2004
AHV-Fälle	41	42	142'841.-	152'524.-
IV-Fälle	93	113	116'326.-	301'508.-
Total	134	155	259'167.-	454'032.-

Die bedeutende Erhöhung des Betrages der ZKZ zur IV ergibt sich aus der Anpassung von CHF 5.- bei den Tagespauschalen der Institutionen für invalide Personen.

Familienzulagen des Bundes

Es gab keine Änderung in der Bundesgesetzgebung betreffend die Entrichtung der Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und für Kleinbauern.

Kantonales Amt für Familienzulagen (KAFZ)

Das KAFZ prüft die Probleme der zuständigen Kassen hinsichtlich der Zugehörigkeit der neuen Mitglieder und informiert die Familienzulagekassen über die Entwicklung der Gesetzgebung.

Familienzulagen an die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, Familienzulagen an die nichterwerbstätigen Personen, Zulagen an die alleinerziehenden Personen

Die entrichteten Leistungen sind im Vergleich zum Jahre 2003 ziemlich stabil geblieben.

Kantonaler Familienfonds

Die jährliche Haushaltszulage, die für im Kanton wohnsässige, alleinstehende Personen oder Ehepaare mit niedrigem Einkommen und Kinderlasten ausbezahlt wird, erhöht sich auf Fr. 1'260.-

Ausgleichsfonds

Die Anpassung der Akonto-Zahlungen 2003 wurde ohne Probleme durchgeführt. Der durchschnittliche Finanzierungssatz der Familienzulagekassen für das Jahr 2003 betrug 3.42% gegenüber 3.61% für fakturierte Raten.

Familienzulagen an die selbständigerwerbenden Landwirte

Die an die selbständigerwerbenden Landwirte entrichteten zusätzlichen Zulagen sind im Vergleich zum Jahre 2003 ziemlich stabil geblieben.

Subventionen an die Krankenkassenbeiträge

Die Ausgleichskasse ist verantwortlich für die administrative Durchführung der Subventionen, die sich im Jahre 2003 auf mehr als 130 Mio. Franken beliefen.

Schlussfolgerung

Die Ausgleichskasse des Kantons Wallis hat an der Ausarbeitung des Gesetzes über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme sowie der Systeme für die soziale und berufliche Eingliederung aktiv teilgenommen. Diese Harmonisierung wird es erlauben, die Anrechnung der Beträge zu Lasten der Gemeinden zu vereinfachen und transparenter zu gestalten.

Die untenstehende Tabelle zeigt die einkassierten Beiträge und die entrichteten Leistungen in den Jahren 2003 und 2004:

Einkassierte Beiträge in CHF			Eintrichtete Leistungen in CHF		
	2003	2004		2003	2004
AHV/IV/EO	348'299'145.-	344'730'337.-	AHV	596'439'180.-	606'411'303.-
ALV	79'461'014.-	60'986'280.-	IV	178'429'428.-	184'532'424.-
FZ des Bundes	1'560'918.-	1'643'702.-	EO	11'112'123.-	7'855'058.-
FZSG	1'770'525.-	1'752'570.-	EL AHV/IV	51'537'730.-	56'802'689.-
Familienfonds	9'812'874.-	10'151'873.-	ZKZ AHV/IV	259'183.-	454'032.-
Ausgleichsfonds	11'261'077.-	11'716'397.-	FZ des Bundes	5'038'507.-	5'026'969.-
			FZ des Kantons	3'930'761.-	3'792'707.-
			Familienfonds	9'394'560.-	9'883'431.-
			Individuelle		
			Prämienverbilligung	130'000'000.-	132'600'000.-
			Ausgleichsfonds	10'926'383.-	11'522'580.-
Total	452'165'553.-	430'981'159.-	Total	997'067'855.-	1'018'881'193.-
Variation		-4.7 %	Variation		+ 2.2 %

Die AHV, die IV und die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV registrieren wieder eine wesentliche Erhöhung der Ausgaben infolge der Bevölkerungsüberalterung und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Rentner.

DIENSTSTELLE FÜR ARBEITNEHMERSCHUTZ UND ARBEITSVERHÄLTNISSE

Arbeitsinspektion

	Anzahl	Einnahmen
Genehmigung / Bewilligungen		
Planbegutachtungen für nicht industrielle Betriebe	224	0.00
Plangenehmigungen für industrielle Betriebe	32	Fr. 9'650.00
Betriebsbewilligungen für industrielle Betriebe	30	Fr. 4'200.00
Bewilligungen für Druckbehälter	407	Fr. 24'300.00
TOTAL	693	Fr. 38'150.00
Inspektionen		
Industrielle Betriebe	43	CFST
Nicht industrielle Betriebe und ASA	88 + 76	
TOTAL	207	Fr. 227'622.00

Verhütung von Störfällen und Biosicherheit

Ende 2004 unterstanden insgesamt 68 Betriebe, Strassen- und Bahnbetreiber der Störfallverordnung. Dabei handelt es sich um 35 stationäre Anlagen, 12 Brennstofflager, 4 Eisenbahnen, Schwimmbäder, 4 kombinierte Sportanlagen (Schwimmbad und Eisbahn), 4 Eisenbahnlinien und 2 Strassenbetriebe. Sechs Firmen haben im vergangenen Jahr die Umsetzung der Störfallverordnung

abgeschlossen. Es sind dies die drei Standorte der ALCAN Sierre, Chippis, Steg, SATOM Monthey, Verestar Leuk und die Swisscom AG. Daneben haben noch einige kleinere Schwimmbäder von Chlor auf alternative, sicherere Systeme gewechselt. Im Verlaufe des Jahres konnten folgende Betriebe aus der Störfallverordnung entlassen werden: Schwimmbad Bains de Saillon, Compagnie de chemins de fer Martigny-Orsières (TMR) und die Kunsteisbahn von Martinach. Neu der Störfallverordnung unterstellt wurden die Firmen Zwissig Viktor & Armand und die zu bauende Reshment Anlage in Monthey. Eine Risikoermittlung wurde für den Simplon-Pass verfügt.

Es wurden 34 im Wallis mit Mikroorganismen arbeitende Firmen erfasst. Da aber nur jene Firmen der StFV unterstellt sind, die mit Organismen der Klasse 3 und 4 arbeiten, gilt es nur diese Firmen zu inspizieren und zu beurteilen. Auf Grund der Angaben auf dem Fragebogen werden maximal 6 Firmen der StFV unterstellt.

Arbeitsbedingungen

Bewilligungen auf Grund des eidgenössischen Arbeitsgesetzes

Art der Bewilligung	Anzahl
Bewilligung für vorübergehende Nachtarbeit	47
Bewilligung für vorübergehende Sonntagsarbeit	78
Bewilligung für drei- und mehrsichtige Tagesarbeit	1
Bewilligung für ununterbrochenen Betrieb	6
TOTAL	132

Bewilligungen für die Beschäftigung Jugendlicher über 14 Jahren

Art der Bewilligung	Anzahl
Beschäftigung während der Schulferien	9
Aufnahme der Lehre vor dem 15. Altersjahr	25
TOTAL	34

Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer/innen

Kontrollen	Anzahl
Kontrollierte Unternehmen	42
Kontrollierte Fahrzeugführer/Innen	91
Anzeigen	
Inspektionsberichte	33
Anzeigte Unternehmen	7

Öffentliches Beschaffungswesen

Ständige Listen	Anzahl
Eingetragene Unternehmen	946
Eingetragene Büros	500
Eingetragene Lieferfirmen	2
Eintragungsgesuche	51
Verlängerungsgesuche	99
Gelöschte Unternehmen und Büros	42
Rekurse	0

Organisationen und Unternehmen	Anzahl
Unterstellte Unternehmen und Organisationen	175

Einzelarbeitsstreitigkeiten

Anzahl Fälle 2000-2004

Die Zahl der während des Jahres 2004 registrierten Fälle entspricht in etwa jener der Vorjahre, obwohl ein Rückgang von 44 Fällen im Vergleich zum Jahr 2003 eine Abnahme von insgesamt 5.5% zur Folge hat. Ein Vergleich der Zahlen mit dem Jahr 2002 ergibt pro 2004 eine Zunahme von 17.5%.

2000	2001	2002	2003	2004
674	669	631	783	739

Aufteilung der Fälle nach ihrer geographischen Lage

Oberwallis	Mittelwallis	Unterwallis	Ausserhalb des Kantons
20 %	42 %	25 %	13 %

Arbeitsgericht

	Gerichtskreis Oberwallis	Gerichtskreis Unterwallis
Anzahl Sitzungen	20.5	29.5
Judikata	15	37
Urteilsbegründungen	16	23
Vergleiche	17	6
Andere Erledigungen	28	21
Berufungen KG	1	3
Beschwerden BG	1	2

Kantonale Rekurskommission in Sachen Arbeitslosigkeit

Total der zu erledigenden Fälle

	Nicht behandelt	Nicht eröffnet
Hängige Fälle Ende 2003	366	457
Hängige Fälle Ende 2004	200	262
Eingegangene Rekurse 2004	80	

Tätigkeit der Rekurskommission

Anzahl Sitzungen	27
Behandelte Fälle	275
Eröffnete Entscheide	212
Beschwerden EVG	4

Gesamtarbeitsverträge (GAV) und Normalarbeitsverträge (NAV)

Folgende Gesamtarbeitsverträge sind 2004 allgemeinverbindlich erklärt worden: der Anhang über das Lohnabkommen zum Gesamtarbeitsvertrag des Autogewerbes, der Gesamtarbeitsvertrag über die vorzeitige Pensionierung der Arbeitnehmer im Bauhauptgewerbe und Plattenlegergewerbe (Retabat) sowie der Anhang zum Gesamtarbeitsvertrag betreffend Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen der Plattenleger.

Die Beziehungen zu den Sozialpartnern, ein partnerschaftlicher, konstruktiver Geist ermöglichten es bis heute, in sieben von acht Normalarbeitsverträgen, die der Kanton Wallis kennt, betreffend der Anpassungen pro 2005 eine Lösung zu finden und Ende Dezember 2004 zur öffentlichen Vernehmlassung auszuschreiben.

VETERINÄRDIENTST

Gemäss dem gesetzlichen Auftrag hat unsere Dienststelle für 2004 in folgenden Tätigkeitsgebieten Prioritäten gesetzt:

Tierseuchen

- Trotz des starken Rückgangs der BSE-Fälle im Jahre 2004 in der Schweiz (2 Fälle) im Vergleich zu den vergangenen Jahren (2003: 21 Fälle, 2002: 24 Fälle; 2001: 43 Fälle) bleibt das Hauptziel des BVET die Ausrottung dieser Krankheit und somit die Vorbeugung einer Übertragung der Krankheit auf den Menschen. Die BSE-Kontrollen wurden bei ordentlichen Schlachtungen, bei krankem oder verletztem Rindvieh sowie bei verendeten Tieren vorgenommen.
- Das Monitoring ist ein Überwachungsprogramm von Tierseuchen, welches jeweils im Frühjahr vom Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) für jeden Kanton angeordnet wird. In der ganzen Schweiz werden auf Betriebe, welche nach dem Zufallsprinzip vom BVET bestimmt werden, eine gewisse Anzahl Stichproben erhoben. Es waren folgende Seuchen zu überwachen: die infektiöse bovine Rhinotracheitis und die infektiöse pustulöse Vulvovaginitis IBR/IPV, die bovine Enzootische Leukose (EBL), die ovine und caprine Brucellose sowie die Aujeszky'sche Krankheit der Schweine.
Im Kanton Wallis wurden folgende Anzahl Betriebe kontrolliert:
IBR: 59 (299 untersuchte Rinder)
IBR - EBL: 29 (298 untersuchte Rinder)
Ovine Brucellose: 70 (1775 untersuchte Schafe)
Caprine Brucellose: 19 (146 untersuchte Ziegen)

- In einem zweijährigen Rhythmus werden alle registrierten Ziegenbestände unseres Kantons auf CAE kontrolliert. Im Verlaufe des vergangenen Jahres wurden auf 194 Betriebe insgesamt 1694 Ziegen blutserologisch untersucht, auf 6 Betrieben wurden insgesamt 11 positive Ziegen festgestellt. Die nötigen Massnahmen wurden getroffen.
- Bienenkrankheiten: Faul- und Sauerbrut
Nach den starken Infektionen im 2002 und 2003 konnten wir im Jahre 2004 eine allgemeine Verringerung der Bienenkrankheiten verzeichnen.

Tierschutz

- Das neue Gesetz, welches das eidgenössische Tierschutzgesetz vollzieht, trat am 01. Januar 2004 in Kraft. Eine wichtige Neuerung ist die Ernennung von offiziellen Tierheimen für die Übernahme von verlorenen, herrenlosen oder durch die zuständige Behörde beschlagnahmten Haustieren. Es konnten mit sechs offiziellen Tierheimen Leistungsverträge abgeschlossen werden.
- Der Staatsrat hat eine Liste potentiell gefährlicher Hunderassen und ihrer Kreuzungen erlassen. Diese Hunde müssen ausserhalb der Privatsphäre immer an der Leine geführt werden und mit

einem Maulkorb versehen sein.

- Während des Jahres 2004 wurden dem Veterinärdienst insgesamt 28 Bissunfälle auf Menschen oder Hunde gemeldet. In 26 Fällen wurde eine Verhaltensprüfung zur Beurteilung des gefährlichen Charakters des Hundes mit den daraus resultierenden Massnahmen angeordnet.
- Die Kontrolle der Nutztierhaltungen in Bezug auf die Tierschutzgesetzgebung wurde in Zusammenarbeit mit den ÖLN-Kontrolleuren fortgesetzt.

Schlachtungen und Fleischhygiene

- Gegenwärtig gibt es in unserem Kanton 13 anerkannte kleine Schlachthöfe.
- Während des Jahres wurden mehrer Schlachthöfe durch die BSE-Einheit des Bundes kontrolliert. Das Resultat dieser Kontrollen war zufriedenstellend. Kleinere Mängel in Bezug auf BSE-Vorbeugungsmassnahmen konnten korrigiert werden.
- Nach der letzten erfolgten Statistik beträgt die durch die Fleischkontrolleure im Jahre 2003 kontrollierte Anzahl Tiere 14'198.

DIENSTSTELLE FÜR ENERGIE

Die der Dienststelle für Energie übertragenen Aufgaben umfassen folgende Bereiche:

- rationelle Energieverwendung / erneuerbare Energien
- Energieverteilung / Energieversorgung
- Information / Aus- und Weiterbildung / Beratung.

Neu sind diese Aufgaben im Energiegesetz vom 15. Januar 2004 festgelegt, welches am 01. Juli 2004 in Kraft getreten ist.

Mit diesem Gesetz wurde im weiteren eine Anpassung des kantonalen Rechts an das übergeordnete Bundesrecht, die Überführung des zeitlich befristeten Dekrets betreffend der Förderung des Minergie-Standards im Gebäudebereich in ordentliches Recht, sowie eine Harmonisierung mit den energierechtlichen Bestimmungen anderer Kantone realisiert.

In Zusammenhang mit dem neuen Gesetz wurde die Verordnung betreffend die rationelle Energienutzung in Bauten und Anlagen vom 9. Juni 2004, sowie die Verordnung betreffend die Förderung im Energiebereich vom 27. Oktober 2004 erlassen.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit erteilte die Dienststelle Gemeinden, kantonalen Dienststellen und Dritten Auskunft in Energiefragen und erarbeitete zuhanden des Staatsrates und des Departementvorstehers Stellungnahmen zu Fragen im Zusammenhang mit obigen Bereichen.

Auf eidgenössischer Ebene wurde das Programm «EnergieSchweiz» weitergeführt. Ein wichtiges Ziel von «EnergieSchweiz» ist, bis 2010 den Brennstoffverbrauch um 15%, sowie den Treibstoffverbrauch um 8% zu senken.

Rationelle Energieverwendung / Erneuerbare Energien

Im Bereich der rationellen Energienutzung und der erneuerbaren Energien läuft auf schweizerischer Ebene das Aktionsprogramm «EnergieSchweiz» im vierten Jahr. Zusammen mit den Kantonen unterstützt der Kanton Wallis das Programm, wobei der Schwerpunkt der kantonalen Aktivitäten im Gebäudebereich liegt. Die breite Umsetzung des Minergie-Standards steht dabei im Vordergrund. Die Minergie-Strategie kann als Erfolg gewertet werden. Weitere Förderprogramme laufen im Bereich der Sonnen- und Holzenergienutzung. Für den Vollzug der rationellen Energienutzung im Gebäudebereich sind die Gemeinden zuständig.

Ab Januar 2003, muss der energietechnische Nachweis einer

Gebäudehülle mit der neuen Norm SIA 380/1, Ausgabe 2001 «Thermische Energie im Hochbau», erstellt werden.

Beim Projekt «rationelle Energienutzung in Spitälern» wurden die Verbrauchsoptimierung, sowie die Sanierungsarbeiten in allen Spitälern weiterverfolgt, eingeschlossen die Klinik St.-Ame in St. Maurice. Die jährlich eingesparte Energie wurde erhöht und übersteigt bei weitem 5'000'000 kWh. Im Rahmen des Projekts «Tunnels» wurden alle Tunnels des Kantons Wallis analysiert und überwacht. Die Arbeit wird nun bei den Strasseninstallationen weitergeführt. Die jährliche Einsparung an elektrischer Energie in den bestehenden Tunnels seit 1996 bleibt bei rund 800'000 kWh. Daraus resultiert eine jährliche finanzielle Einsparung von Fr. 110'000.-. Im Rahmen des kantonalen Solarenergie Förderprogramms sind im Jahr 2004 102 Gesuche eingegangen. Seit dem Programmbeginn im Frühling 2000 sind 310 Anlagen, mit einer Fläche von 3900 m², installiert worden. Im Programm zur Förderung der Holzenergie für Installationen unter 100 kW sind im Jahre 2004 17 Gesuche eingegangen. Seit Beginn des Programms im Juni 2001 sind 129 Installationen realisiert worden, welche 147 Wohnungen beheizen. Während des Jahres konnten sechs neue Installationen mit einer Leistung grösser als 100 kW bearbeitet werden.

MINERGIE-Strategie

Die Minergie-Strategie wurde von der Dienststelle für Energie weiterverfolgt. Die im Minergie Dekret von 1999 und im Energiegesetz vom Januar 2004 festgelegten Fördermassnahmen haben zur Weiterverbreitung dieses Qualitätsstandards für Bauten wesentlich beigetragen.

Ein Praxistest bezüglich Minergie anhand einer Umfrage, welche auf schweizerischer Ebene durchgeführt wurde zeigte auf, dass der Verbrauch tatsächlich um die Hälfte reduziert wird, dies im Vergleich mit einem traditionell konstruierten Gebäude. Zudem wurde belegt, dass die Zufriedenheit mit dem generellen Komfort und der Luftqualität sehr hoch sind. In Zusammenarbeit mit der Hochschule Wallis konnte die Dienststelle für Energie diese Ergebnisse in der Minergie-Primarschule in Fully bestätigen.

Resultate des MINERGIE Förderprogramms

255 Labels erteilt, seit 1998:

- 179 Wohnen EFH
- 37 Wohnen MFH, davon 1 Altersheim und 1 Hotel
- 12 Verwaltungsgebäude

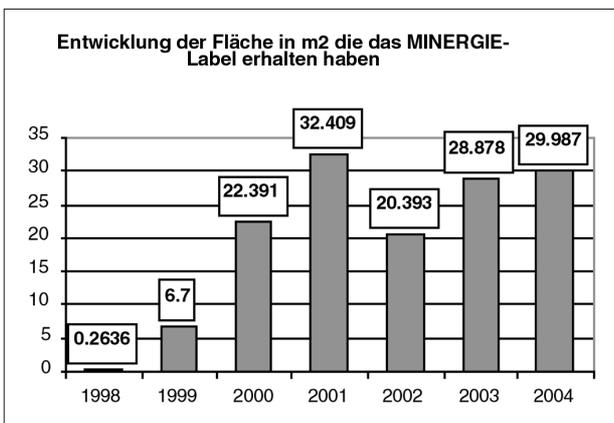
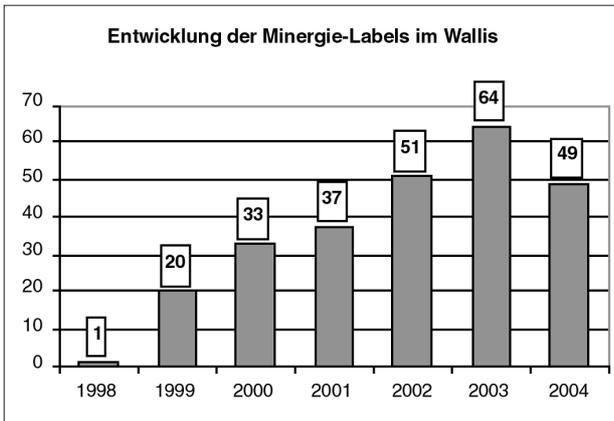
- 18 Schulen
- 1 Pflegeheim
- 1 Sportbau
- 7 abgebrochene Projekte).

194 Bauten realisiert:

- 101'000 m² beheizte Fläche,
- ca. 230 Mio. Investitionen, 11.7 Mio. Mehrkosten
- 2'360'000 Fr. Subventionen (18.6 % der Mehrkosten).

Laufende Projekte:

- 37 im Bau
- 17 in Projektphase
- 8 Projekte abgebrochen.



Der Markt von Minergie-Bauten hat sich weiterentwickelt in Richtung Renovation von Einfamilienhäusern und Bau von Gebäuden mit Wohnungen oder Wohn/Bürogebäuden. Dies ist bei den obenstehenden Graphiken gut ersichtlich, denn obwohl die Zahl der Labels zurückging, konnte die Minergie-Fläche erhöht werden. Diese Tendenz konnte auch auf schweizerischer Ebene festgestellt werden, wo insgesamt über 3'500 Minergie-Labels erteilt wurden. Die Informatikschule in Siders, mit einer Fläche von 12'000 m² das grösste Minergie-Gebäude des Kantons, hat das Label im Jahr 2001 erhalten. Aus der Graphik ist dies gut ersichtlich. Die Walliser Kantonbank und gewisse Raiffeisenbanken offerieren einen Minergie-Kredit mit tieferen Zinssätzen.

Mehrere Minergie-Gebäude wurden in der kantonalen Presse präsentiert. Fast jede Fachzeitung behandelt ein Thema in Zusammenhang mit Minergie. In Zusammenarbeit mit den Westschweizer Energiefachstellen konnte ein TV-Spot gedreht werden. Dieser wird auf den lokalen TV-Stationen bis Mitte 2005 gezeigt. Ein Minergie-Stand wurde in Brig an der OGA präsentiert. Dies in Zusammenarbeit mit der Hochschule Wallis, welche ein Programm (b-sol) zur energetischen Optimierung von Gebäuden vorstellte.

Information / Aus- und Weiterbildung

Verschiedene Kurse/Veranstaltungen (Lichtoptimierung, Optimierung des Elektrizitätsverbrauchs für die Lüftung gemäss SIA 380/4, Minergie-Standard, usw.) wurden organisiert oder mitfinanziert.

In Zusammenarbeit mit den Westschweizer Kantonen wird zweimal jährlich die Zeitschrift «Energie-Environnement» herausgegeben. Täglich werden Informationen zur rationellen Energienutzung in der Lokalpresse veröffentlicht.

In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Unterrichtswesen wurde in über 60 Primarschulklassen des Unterwallis die Aktion «rationelle Energienutzung» durchgeführt. Zusammen mit dem Luftforum wurde eine vergleichbare Aktion in den Orientierungs-, Berufs- und Mittelschulen lanciert. Die erste Phase dieser Pilotaktion wurde beendet. Ein Kurs zur Sensibilisierung der Jugend für die Solarenergie und die rationelle Energienutzung wurde in Form einer Aktion «Ferienpass» im Sommer von ca. 187 Schulkindern im Ober- und Unterwallis besucht.

Beratung der Gemeinden

Gemeinden die beim Projekt „Energistadt“ mitmachen, unterstützen eine vorbildliche Energiepolitik mit beispielhaften Projekten. Die Walliser Energistädte sind Brig-Glis, Naters, Leuk, Saas Fee, Visp, Siders und Sitten. Im Jahr 2004 haben auch Martinach und Ayent das Label erhalten. In der Gemeinde Naters konnte das Re-Audit des Labels «Energistadt» erfolgreich durchgeführt werden.

Stromversorgungsgesetz (StromVG)

Ein Bundesgesetz über die Stromversorgung wurde in die Vernehmlassung geschickt. Es soll die Rahmenbedingungen zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Stromversorgung und für einen geordneten Strommarkt im sich verändernden schweizerischen und europäischen Umfeld setzen.

Für die dringend erforderliche Regelung der grenzüberschreitenden Stromtransite schlägt der Bundesrat eine vorgezogene Übergangslösung vor. In der Folge soll die Marktöffnung in der Schweiz behutsam, etappenweise sowie unter Wahrung der Volksrechte erfolgen.

Für die Kantone wird es von Bedeutung sein, dass sie in einer zukünftigen Gesetzgebung für die regionale Stärkung der Versorgungssicherheit (sichere Verteilnetze) und eine regional ausgeprägte Grundversorgung (Berücksichtigung Randregionen, Preissolidarität) sorgen werden. Der Staatsrat unterstützt im Grundsatz die Absicht, die Öffnung des Strommarktes in geregelte Bahnen zu lenken und hierfür ein Gesetz zu erlassen.

Allgemeine Arbeiten

- Stellungnahmen zu Gemeindereglementen bezüglich Elektrizitätsverteilung und Tarifgestaltung, Raumplanung und Bauten. Stellungnahmen z.H. der kantonalen Baukommission.
- Zusammenarbeit mit der Gazoduc SA und Transitgas AG betreffend die Erdgasversorgung und Durchführung von Vernehmlassungen.
- Zusammenarbeit mit der Ingenieurschule Wallis im Rahmen von Vortrags- und Expertentätigkeit.
- Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energie und den kantonalen Energiefachstellen im Rahmen des Programms «EnergieSchweiz».
- Im Rahmen der Regierungskonferenz der Gebirgskantone Mitarbeit in der Arbeitsgruppe «Strommarktöffnung» und beim Kompetenznetzwerk «Wasser im Berggebiet».
- Mitarbeit in der «kantonalen Arbeitsgruppe Energie».
- Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt für kantonale Minergie-Bauten.
- Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Umweltschutz und der Presse zur Information der Öffentlichkeit.

DIENSTSTELLE FÜR WASSERKRAFT

Gesetze

Auf der kantonalen Ebene ist der Vorentwurf des Gesetzes über die Walliser Elektrizitätsgesellschaft (GWEG) 2003 von einer Arbeitsgruppe (mit Vertretern der Stromproduzenten, Stromverteiler und der WEG) unter der Führung des Chefs des DGSE ausgearbeitet worden. Ein Vernehmlassungsverfahren fand Anfang 2004 bei den Gemeinden und den betroffenen Gesellschaften statt. Die Antworten auf den Fragebogen haben gezeigt, dass der Vorentwurf generell gut angenommen war.

Der Gesetzesentwurf und seine Botschaft, die am 14. Juli 2004 vom Staatsrat angenommen wurden, sind an den Grossen Rat übermittlelt worden. Nach der ersten Lesung in einer Session des Grossen Rates von November 2004, wo wenige Änderungen vorgenommen wurden, hat der Grosse Rat in zweiter Lesung am 15. Dezember 2004 dieses Gesetz gebilligt.

Wasserkraftanlagen

Druckleitungen/Druckschächte

- *Cleuson-Dixence*: infolge einer allgemeinen Analyse der Massnahmen über die Wiederinbetriebnahme des Bieudron-Werkes hat die Gesellschaft Cleuson-Dixence Constructions AG (CD) ein erstes Gesuch eingereicht, um einen Sondierstollen im Ort Fontanettes (nach dem Verfahren der Art 8 WRG-VS) zu schaffen. Da das Stollenprojekt in einer Forstzone liegt, fand eine öffentliche Auflage statt. Nach neuer Prüfung der Situation hat CD eine neue, etwas tiefere und ausserhalb der Forstzone gelegene Stelle vorgeschlagen. Die Bewilligung wird anfangs 2005 erteilt.
- *Fully*: die Zerlegungsarbeiten der im Herbst 2000 beschädigten Druckleitung sind realisiert worden. Die Bauarbeiten der neuen Druckleitungsstrecke werden Anfang 2005 geführt.

Studien auf den hydroelektrischen und hydraulischen Gebieten

- Die Arbeiten bezüglich des Projektes MINERVE (2002-2006) sind unter der Führung des EPFL in Koordination mit den Kraftwerksbetreibern, der Dienststellen für Strassen- und Flussbau und Wasserkraft. Sie betreffen besonders den Beitrag der Stauanlagen bei Hochwassersituationen im Rhonetal und in den Hauptnebenflüssen mit Hilfe von hydrometeorologischen Vorhersagen über 72 Stunden. Die Konventionsprojekte im Hinblick auf ein System von Real-Time Datenaustausch über hydroelektrischen Einrichtungen in Hochwasserperioden sind in den betroffenen Gesellschaften vorgestellt und nach ihren Bemerkungen geändert worden. Die Gespräche werden fortgeführt und die Programmierung des Modells MINERVE ist im Gange.
- Die Anwendung der Richtlinie für die Gewässersanierungsberichte und Notiz - gemäss Gewässerschutzgesetz (GSchG Art. 80 Abs. 1 und 2) und der Richtlinie über die wiederholten Spülungen/Entleerungen von Stauanlagen - werden durch 5 Dienststellen (DWK, DWF, DWL, DFJW und DUS) koordiniert. Mandate wurden seit 2004 an vier Gruppen von Spezialbüros erteilt und werden durch ein Pilotbüro geleitet. Diese Mandate decken schon mehr als die Hälfte der Walliser Einzugsgebiete. Die beiden restlichen Mandate werden 2005 erteilt. Die Planung sieht die Frist für die Ausstellung aller Sanierungsberichte und Notiz über Umweltverträglichkeit (wiederholten Spülungen und Entleerungen von Stauanlagen) bis Oktober 2007 vor.
- Die DWK ist partnerschaftlich mit der WEG, dem Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG) und anderen Partnern, an einem seit Oktober 2003 vom EPFL-LCH geführten Projektes über die Synergie zwischen der hydroelektrischen Produktion und der 3. Rhonekorrektur beteiligt. Dieses Projekt, das auf wichtige Weise durch die Bundeskommission für die Technologie und die Innovation (KTI) gestützt ist, zielt auf die Integrierung ökologischer, sozioökonomischer Bedingungen und des Hochwasser-

schutzes ab. Dies soll erlauben, im Laufe des Jahres 2005, die Pflichtenhefte des allgemeinen Projektes der 3. Rhonekorrektur zu ergänzen und so, die Abschnitte zu identifizieren, die erlauben würden, Flusskraftwerke in dieser 3. Rhonekorrektur vollständig zu integrieren.

- Die DWK ist an einem Projekt Interreg IIB «ALPRESERV» der Europäischen Union beteiligt, das im November 2003 mit anderen Partnern in der Schweiz, Italien, Slowenien, Deutschland und Österreich gebilligt wurde. Das Ziel besteht darin, für 3 Jahre die Massnahmen zu studieren, die dazu dienen, die Anhäufungsprozesse der Sedimente in Stauanlagen, die Analysen der Sedimentsquellen und des Sedimenttransportes, die Bewirtschaftungsmethoden zu analysieren und Pilotaktionen zu führen. Eine Tagung wird 2005 in Sitten organisiert, um die Kenntnisse der vorerwähnten Problematik zu präsentieren.
- Im Rahmen der Anwendung der Bundesverordnung über die Sicherheit von Stauanlagen (StAV) hat die DWK 2004, in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG) und einem Expertenbüro, die Definition der kleinen Stauanlagen fortgesetzt, die der zukünftigen kantonalen Kontrolle unterworfen werden. Ein Projekt wird dem Staatsrat Anfang 2005 vorgeschlagen.
- Der Kanton durch seine Dienststellen DWK + DE hat zwei Energieapéros über das Trinkwasserturbinieren im September in Sitten und im Oktober in Brig organisiert, um den Gemeinden die wirtschaftlichen Vorteile vorzustellen, die sie erwarten könnten. Eine Analysemethodik ist auf der Internetseite der DWK vorgeschlagen.

Behandelte Projekte

Unterwallis und Mittelwallis

- *Chippis (Rhône)*: Das Konzessionserteilungsverfahren ist im Gange. Da die alten Konzessionen am 21. April 2004 fällig waren, hat der Staatsrat auf Begehren der WEG vorläufige Massnahmen für den Weiterbetrieb der Anlage am 21. April 2004 getroffen.
- *Chippis (Navizence)*: Das Konzessionsgenehmigungsverfahren für die 7 kommunalen Konzessionen ist im Gange. Der Staatsrat hat auf Begehren der GOUGRA vorläufige Massnahmen für den Weiterbetrieb der Anlage am 21. April 2004 getroffen.
- *Bramois-Sauterôt*: Das Konzessionsgenehmigungsverfahren für die 7 kommunalen Konzessionen ist im Gange. Die alten Konzessionen waren am 4. Januar 2004 fällig, deshalb hat der Staatsrat vorläufige Massnahmen für den Weiterbetrieb der Anlage am 15. Dezember 2004 getroffen.
- *Grande Dixence*: Die ehemalige Bauplatzform in Louvie und ein alter Bauplatz in Prafleuri (Gemeinde Hérémente) sind im Laufe des Jahres 2004 saniert worden.
- *Mauvoisin*: Die Bauarbeiten zur Erhöhung der Wasserfassung und des Grundablasses haben 2001 angefangen. Ihre Vollendung ist 2006 vorgesehen. Ein Projekt über die Erstellung eines Freihaltevolumens für die Verminderung von Hochwasserspitzen (wie in Mattmark realisiert) wird durch die EPFL und durch DSFB in Zusammenarbeit mit der DWK und dem BWG studiert. Das Ziel besteht darin, einerseits die gegenwärtig unternommenen Bauarbeiten auszunützen, um das geplante HW-Schutzprojekt zu einem besseren Gestehtungspreis zu realisieren und andererseits die Kosten dieser HW-Schutz-Lösung mit anderen Lösungen zu vergleichen.
- *Fully*: Da der Ablauf der Konzession am 29. Juni 2005 stattfindet und eine neue Konzession vorbereitet werden muss, wurde das Voruntersuchungsdossier eingereicht. Die betroffenen Dienststellen müssen ihre Vormeinungen abgeben.
- *Martigny-Bourg*: Ein neues Genehmigungsprojekt zu den 5 kommunalen Konzessionen wird im Januar 2005 an den Staatsrat weitergeleitet.
- *Pallazuit*: Das Verstärkungsprojekt der Talsperre Les Toules ist immer noch in der Studienphase.
- *Orsières-Niollet*: Die Dokumente für den Bau der zukünftigen Dotierungsanlagen von Dranses de Ferret und von Entremont sind in der Vorbereitung.

- *Sembrancher*: Der Heimfall für die Konzession Orsières findet im September 2006 bzw. für Sembrancher in 2015 statt. Verhandlungen sind im Gange.
- *Vieux-Emosson*: In einer Sitzung hat ATEL die DWK über ein Pumpspeicherwerkvorprojekt informiert. Die Hauptdaten sind: Installierte Leistung: 600 MW, Energieproduktion: 1200 GWh. Die Diskussionen haben erlaubt, einen ersten rechtlichen Rahmen zu geben.
- *Vernayaz (SBB)*: Die Vorabklärungen zwischen der SBB, der betroffenen Gemeinden und dem Kanton für den Heimfall 2017 sind im Gange.
- *Torrent de Soi*: Die Baubewilligung wurde erteilt.
- *Savièse*: Die Genehmigung der Trinkwasserturbiniierung ist erteilt worden. Zur Genehmigung der Baupläne hat die Gemeinde die notwendigen Unterlagen noch nicht eingereicht.
- *Iséribles*: Der Bau eines Kleinwasserkraftwerkes (Trinkwasser- und Wasserkraftturbiniierung) wurde durch DGSE bewilligt und die Inbetriebnahme hat in 2004 stattgefunden.
- *Conthey*: Die Gemeinde Conthey hat ein Nutzungsbewilligungsgesuch für ein Trinkwasserturbiniierungsprojekt mit 7 Kleinkraftwerken (davon ein in Dare schon im Betrieb). Die öffentliche Auflage hat stattgefunden und das Genehmigungsverfahren ist im Gange.

Oberwallis

- *Dala*: Die Voruntersuchung (Art 8 UVPV) für die Erteilung der 5 Gemeindekonzessionen hat 2000 stattgefunden. Der Konzessionsablauf für die Gemeinden Inden und Leuk findet am 21. November 2005 statt. Die Produktions- und Stromverteilungstätigkeiten sind geteilt worden. Die neue Gesellschaft KW Dala AG wird sich nur mit der Produktion beschäftigen und die Stromverteilung wird von der neuen Gesellschaft «Regionale energie Lieferung Leuk AG» (ReLL) übernommen.
- *Kelchbach*: Die Konzessionsinhaberin EWBN soll unterschiedliche Dotierwassermengen im Hinblick auf die Konzessionserteilung durch die Gemeinde Naters testen.
- *Ackersand I*: Das Konzessionsgesuch wurde im Februar 2003 öffentlich aufgelegt. Da der Konzessionsablauf am 15. Januar 2005 stattfindet hat der Staatsrat provisorische Massnahmen für den Weiterbetrieb der Anlagen am 14. Dezember 2004 getroffen.
- *Argessa*: Das Vorverfahren (Art. 13 WRG-VS) ist 2002 durchgeführt worden. Provisorische Massnahmen für den Weiterbetrieb der Anlagen im unteren Turmanntal wurden durch den Staatsrat bis 30.05.2005 getroffen. Das Konzessionsgenehmigungsverfahren wird anfangs 2005 beginnen.
- *Massaboden*: Die SBB will das Ausgleichsbecken von Bitsch durch eine unterirdische Galerie ersetzen. Die DWK hat eine positive Vormeinung im Rahmen des Bundesverfahrens gegeben. Momentan verhindert ein Rekurs durch Private den Bau der Galerie.
- *Bitsch*: Die Electra Massa SA will zwischen dem Wasserschloss des Werkes Massaboden und der Massaschlucht ein Spülstollen realisieren. Momentan verhindert ein Rekurs durch Private den Bau des Stollens.
- *Törbel*: Das Trinkwasserturbiniierungsdossier der Gemeinde Törbel ist im Oktober 2004 öffentlich aufgelegt worden.
- *Turtig*: Ein Vorverfahren hat für das Wasserturbiniierungsprojekt (2. Stufe Unterbäch-Turtig) stattgefunden. Dieses Projekt sieht vor das Wasser aus dem bestehenden Kraftwerk Unterbäch und die Abwasser der Ara auszunützen

Elektrische Linien und Schaltstationen

- *Linie 380 kV Nufenen*: Der Bau dieser Linie dauert an.
- *Linie 380 kV Chamoson-Chippis*: Nach der öffentlichen Auflage am Ende 2002 sind zahlreiche Oppositionen (Gemeinden, Privaten) zum Projekt entstanden. Deshalb sind zahlreiche Sitzungen zwischen dem eidgenössischen Starkstrominspektorat (ESTI), dem Kanton und den Opponenten in 2004 organisiert worden. Für die Mehrzahl der Fälle wurden Konsenslösungen gefunden. Deshalb hat der Staatsrat seine positive Vormeinung für das Projekt am Ende 2004 gegeben.
- *Linie 65 kV St-Triphon - Vernayaz - Vorziers*: Das DGSE hat seine positive Vormeinung zu Händen des ESTI eingereicht. Der Bau ist Ende 2004 durch ESTI bewilligt worden.

Mobiltelefonnetz/Antennen auf HT-Mast und Kabeln

Es gab 2004 kein Gesuch. Dies zeigt, dass ein Gleichgewichtszustand in diesem Bereich stattgefunden hat.

Sonderaktivitäten im Jahre 2004

- *Paritätische Kommission für die Experten*: Die Erneuerungs- und Unterhaltungsarbeiten wurden durch die DWK verfolgt und 3 Anlagen sind besichtigt worden (Bortelalp-Ganterbrücke, Blinne und La Dixence).
- *Wasserkraftsteuer und Wasserzins*: Nach dem Bundesgerichtsentscheid, der die Berechnung der Wasserkraftsteuer auf Grund der Bruttoleistung bestätigt hat, wurden alle Kraftwerksgesellschaften gebeten, in Zukunft für jede Anlage alle Wasserverluste anzugeben, damit diese in unseren Rechnungen berücksichtigt werden können.
- *Entschädigungsbegehren für Verzicht auf Nutzung der Wasserkraft*: Der letzte für das RéchyTal vorbereitete Schutzvertrag ist im Herbst 2004 von den Gemeinden Gröne, Chalais und Nax, dem Kanton und dem Bund unterschrieben worden. So sind 7 Schutzverträge endlich unterschrieben worden. Durch die Walliser Gemeinden wird so ein Gesamtbetrag von CHF 843'028 bzw. für den Kanton CHF 805'046 einkassiert.
- *Interdisziplinäre Zusammenarbeiten*: Die DWK hat an den mit den folgenden Arbeitsgruppen verbundenen Sitzungen teilgenommen: Fünfjährige Expertise von Stauanlagen mit dem BWG, KW-Betreibern und Experten, Vorbereitung mit dem BWG der Tagung des Schweizerischen Talsperrenkomitees vom 17. und 18. Juni 2004 in Martinach.

Elektrizitätserzeugung 2003-2004

Hydrologisches Jahr - Erzeugung in GWh (Mio kWh)

Periode	Winter (1.10 - 31.3)		Sommer (1.4 - 30.9)		Jahr (1.10 - 30.9)	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Wasserkraftwerke	4'192.011	45.0	5'113.713	55.0	9'305.724	100
Thermische Kraftwerke	214.119	49.3	220.024	50.7	434.143	100
TOTAL	4'406.130	45.2	5'333.737	54.8	9'739.867	100

Vergleich 2002-2003 / 2003-2004

Erzeugung in GWh (mio kWh)

	2001-2002	2002-2003	Variation in %
Wasserkraftwerke			
Winter	4'380.973	4'192.011	-4.3
Sommer	6'812.095	5'113.713	-24.9
Jahr	11'193.068	9'305.724	-16.9
Thermische Kraftwerke			
Winter	275.333	214.119	-14.1
Sommer	185.918	220.024	-8.5
Jahr	461.251	434.143	-11.3
TOTAL			
Winter	4'232.407	4'406.130	-4.8
Sommer	5'781.854	5'333.737	-24.4
Jahr	10'014.261	9'739.867	-16.6